

Zwischen Burgfrieden und „Neuorientierung“. Politische Positionen und soziale Aktionen der Christlichen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg

Ingo Löppenber

Für die im „Gesamtverband der christlichen Gewerkvereine Deutschlands“ (GCG) organisierten Gewerkschaften war der Erste Weltkrieg die Zeit ihrer „Bewährungsprobe“.¹ Vor dem Krieg hatten sie sich zwar organisatorisch gefestigt, aber ihren Platz im heterogenen Milieu des politischen Katholizismus, mit seiner starken Zentrumspar

Die folgende Darstellung widmet sich diesem Aspekt. Untersucht werden die christlichen Gewerkschaften anhand ihres Dachverbandes, und nicht der Einzelgewerkschaften, als wichtiger gesellschaftlicher Akteur im Zusammenhang mit der Reformfähigkeit der sozialen und politischen Strukturen des Deutschen Reichs, welche durch den Ersten Weltkrieg massiv erschüttert wurden. Dazu wird die eigene Perspektive des GCG auf seine Tätigkeiten im Krieg und die Entwicklung verschiedener politischer Standpunkte dargestellt. Hauptquellen sind die „Jahrbücher der christlichen Gewerkschaften“ (JB) und das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (ZB) aus dem Zeitraum 1914 bis

1 Siehe Albrecht Siegler: Die Lohnpolitik der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (1894-1933), Diss. Mannheim 1978, S.30-36 unter der Überschrift „Die Phase der Bewährung (1914-1918)“. Und auch Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S.379-387 unter der Überschrift „Der Krieg als Bewährungsprobe“. Und auch Herbert Gottwald: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCG) 1901-1933, in: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 2, Köln 1984, S.729-768.

1920, die vom Generalsekretariat des GCG herausgegeben wurden.² Dieser Aufsatz gliedert sich dabei – nach einer Einleitung über einige allgemeine Entwicklungen und Positionen des GCG vor dem Weltkrieg – in zwei Abschnitte. Das Hilfsdienstgesetz aus dem Jahr 1916 dient dabei als Zäsur.³ Forschungsleitend sind folgende Fragen: Wie stellte der GCG seine Tätigkeiten im Krieg gegenüber seinen Mitgliedern dar? Wie erklärte er den Verzicht auf Streiks? Welche Alternativen wurden zur Verbesserung der Lage der Arbeiter propagiert und wie wurden diese in den zentralen Periodika des GCG vermittelt? Wie wollte der GCG seine Mitglieder für die Kriegsanstrengungen motivieren und mobilisieren?

Die bisherige Forschung hat sich solcher Fragen nur selten angenommen. Über das Verhältnis von Katholizismus und Katholiken zum Ersten Weltkrieg ist bisher nur wenig geforscht worden, und dann lagen die Schwerpunkte auf den Gebieten der Nationalisierung,⁴ der Kriegstheologie⁵ oder den interkonfessionellen Gegensätzen.⁶ Die christlichen Ge-

2 Nur selten ließen sich Autoren für die einzelnen Artikel nachweisen. Ergänzt werden diese Quellen durch Lexikon-Artikel aus dem programmatischen „Staatslexikon“ der Görres-Gesellschaft und vereinzelte Broschüren. Zum Staatslexikon siehe Hans-Jürgen Becker: Der Staat im Spiegel der Staatslexika. Ein Vergleich des Evangelischen Staatslexikons und des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft, in: Historisches Jahrbuch, Bd. 121, 2001, S.367-399.

3 Diesen Zäsurcharakter des „Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5.12.1916“ betonen auch Karl D. Erdmann: Der Erste Weltkrieg, München 1999, S.192, und Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Bd.: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, Studienausgabe, München 2008, S.116-119, 57.

4 Siehe Richard van Dülmen: Der Deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg, in: Francia, 1974, Bd. 2, S.347-376, hier S.352-358; Günter Baadte: Katholischer Universalismus und nationaler Katholizismus im Ersten Weltkrieg, in: Albrecht Langner (Hrsg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn u. a. 1985, S.89-109; Stephan Fuchs: Vom Segen des Krieges. Katholische Gebildete im Ersten Weltkrieg. Eine Studie zur Kriegsdeutung im akademischen Katholizismus, Stuttgart 2004.

5 Siehe Johann Klier: Von der Kriegspredigt zum Friedensapell. Erzbischof Michael von Faulhaber und der Erste Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen katholischen Militärseelsorge, München 1991.

6 Siehe Roland Haidl: Ausbruch aus dem Ghetto? Katholizismus im deutschen Heer 1914-1918, in: Gerd Krumeich/Hartmut Lehmann (Hrsg.): Gott mit uns. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S.263-271. Haidl betont dabei am Beispiel der Kirche, dass der „Erste Weltkrieg [...] gleichsam ein Katalysator zur Neuinterpretation und Selbstdefinition [...] um ihre Bedeutung in der Gesellschaft“ war. Ebenda, S.266.

werkschaften und ihre Positionen im Weltkrieg fanden zwar schon früh Beachtung. Therese Hartmann befasste sich bereits 1922 in ihrer Dissertation mit diesem Thema,⁷ und 1927 erschien eine ergänzende, regionale Studie von Erich Ackermann.⁸ Aber anschließend ruhte die Forschung 50 Jahre lang, bis 1978 die Dissertation über die Lohnpolitik der Christlichen Gewerkschaften von Albrecht Siegler und 1982 die Habilitationsschrift von Michael Schneider über die Christlichen Gewerkschaften allgemein im Zeitraum 1894 bis 1933 erschienen.⁹ Einen biografischen Zugang zu diesem Thema stellt die Dissertation von Bernhard Forster über Adam Stegerwald aus dem Jahr 2003 dar.¹⁰ Nach ihren Forschungen hatten sowohl die Aktionen als auch die politischen Inhalte des GCG während des Weltkrieges mehr Gemeinsamkeiten mit denen zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs als mit denen in der Weimarer Republik. Hartmann konstatierte, dass die christlichen Gewerkschaften nur einen „theoretischen“, keinen „praktischen“ Anteil an den sozialen Errungenschaften während des Krieges gehabt hätten.¹¹ Wolfgang Mommsen ging sogar davon aus, dass die christlichen Gewerkschaften während des Krieges gegenüber den Freien Gewerkschaften „an Bedeutung verloren“ hatten.¹² Dies sind Ergebnisse, die im Wesentlichen durch die folgende Darstellung gestützt werden.

Gründung und Ausbau bis 1914

Jede Gewerkschaft im Deutschen Kaiserreich war hauptsächlich auf dem Gebiet der Lohnpolitik tätig. Die christlich-politische Soziallehre definierte das Arbeitseinkommen so: „Lohn ist, im weiteren Sinn verstanden, jedes Einkommen, welches durch besonderen Vertrag für die Leistung von Arbeit zwischen zwei Kontrahenten ausbedungen wird, also ein Entgelt

7 Therese Hartmann: Die Entwicklung und Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften während des Krieges und der Übergangszeit, Diss. Freiburg i. Br. o. J. [1922].

8 Erich Ackermann: Die christliche Gewerkschaft und ihre Bewegung im Kreise Hagen-Schwelm in den Jahren 1900-1920, Diss. Gießen 1927.

9 Siehe Siegler, Lohnpolitik; Schneider, Gewerkschaften. Allgemein zu den Gewerkschaften im Weltkrieg siehe Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, Hamburg 1981.

10 Bernhard Forster: Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

11 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.76.

12 Wolfgang J. Mommsen: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918, Erster Nachdruck, Stuttgart 2004, S.106.

für eine bestimmte Leistung.¹³ Dieses „Entgelt“ musste von zwei Seiten ausgehandelt werden, wobei sich Arbeiter und Unternehmer gegenüberstanden. Der Lohn musste gerecht sein. Auch wenn der Arbeiter für den Fabrikanten ein Produktionsmittel darstellte, so durfte dieser nach der katholisch-theologischen Lehrmeinung in Anlehnung an Thomas von Aquin vom Unternehmer nicht „erniedrigt“ werden, denn dies wäre „bare Sklaverei“.¹⁴ Der gerechte Lohn konnte, nach dieser Auffassung, durch Sozialwissenschaftler und Moraltheologen zwar nicht exakt bestimmt, aber geschätzt werden. Dem Arbeiter wurde diese Fähigkeit nicht zugesprochen, ganz im Sinne der Vorstellung eines sozialen Ständestaates.¹⁵ Als „Elemente des gerechten Lohnes“ galten der Ersatz des Unterhaltenes des Arbeiters an „Nahrung Kleidung Wohnung“ auch für Ferien- und Feiertage; die Rückerstattung der Ausbildungskosten, sowohl der selbst finanzierten als auch der von den Eltern bezahlten; der Ersatz für seine nachlassende Arbeitskraft durch Rentenversicherung oder Zusatzzahlungen und schließlich ein Gefahrenzuschlag und/oder Zuschlag für „Unannehmlichkeiten“, z. B. für die „widerwärtige Arbeit des Fleischhauers“.¹⁶ Als logische Konsequenz ergab sich für die christliche Soziallehre daraus die Forderung nach einem staatlich garantierten „Minimallohn“, der die Versorgung einer ganzen Arbeiterfamilie sicherstellen sollte.¹⁷ Allein sei ein Arbeiter nicht in der Lage, sich seinen gerechten Lohn zu erkämpfen. Das Koalitionsrecht war daher die „absolut notwendige Folgerung“ aus den ökonomischen Strukturen eines modernen Staates.¹⁸

Diese Koalitionen auf Arbeitnehmerseite waren die verschiedenen Gewerkschaften im Kaiserreich. Die Christlichen Gewerkschaften waren nach den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, aber vor den linksliberalen Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften und verschiedensten Kleinorganisationen gewerkschaftlichen Charakters die zweitstärkste Or-

13 Walter: Lohn, in: Julius Bachem (Hrsg.): Staatslexikon. Dritter Bd.: Kaperei bis Paßwesen, Dritte, neubearb. Aufl., Freiburg i. Br. 1910, Sp.882-894, hier Sp.882.

14 Ebenda, Sp.883.

15 Siehe allgemein zur katholischen Sozialpolitik und den zugrunde liegenden Vorstellungen Peter Langhorst/Franz Josef Stegman: Geschichte der sozialen Ideen im Deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Sozialer Katholizismus – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S.599-865.

16 Walter, Lohn, Sp.888f.

17 Ein sogenannter „Familienlohn“, ebenda, Sp.892f.

18 Ebenda, Sp.885. Siehe Siegler, Lohnpolitik, S.50-78.

ganisation. Der GCG umfasste am 31. August 1914 insgesamt 26 Verbände mit 340.000 Mitgliedern, davon ca. 25.000 Frauen. Sein Vermögen lag bei rund 9,7 Millionen Mark.¹⁹

Der GCG definierte sein Selbstbild als „staatserhaltend“ und lehnte im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften jeden „Klassenkampf“ ab.²⁰ Seine Ziele waren die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder durch „guten Lohn, Schutz von Leben und Gesundheit, Sicherheit der Existenz durch Abschluss von Tarifverträgen und eine gesunde Lohnpolitik“.²¹ Diesen Fokus auf die eigenen Mitglieder und den staatsbewahrenden Charakter sollte der GCG im Weltkrieg aufgeben. Der GCG trat „für eine fortschreitende Aufwärtsbewegung unseres Wirtschaftslebens und damit für eine Sicherung der Lohn- und Lebenshaltung der arbeitenden Klassen“ ein. Dies wollte der GCG durch eine reformorientierte Politik erreichen und lehnte daher jede revolutionäre Tätigkeit ab, worunter z. B. auch in seinem Wortlaut „soziale revolutionäre utopistische Generalstreikputsche“²² fielen. Damit entsagte sich der GCG eines wichtigen politischen Mittels. Diese systemstabilisierende Position bedeutete für den GCG auch die Akzeptanz der deutschen Weltmachtspolitik. Seit 1909 hatte der GCG durch seine Bildungsarbeit auf die Arbeiter eingewirkt und teilweise zur Anerkennung der Wehrvorlagen und zum Eintreten für die Schutzzölle und die Kolonialpolitik gebracht. Der Arbeiter sollte dadurch aus seinem „Milieu gepackt werden“ und über die „Lebensfragen der Nation“ mitentscheiden.²³ Dies führte z. B. zu Programmen, mit denen christliche Textil- und Tabakarbeiter Projekte zum Anbau von Tabak und Baumwolle in den Kolonien unterstützten.²⁴ Doch diese Teilnahme verlief nicht emphatisch, sondern war rein ökonomisch-pragmatisch bestimmt. Die „Überlegungen zur Wehrvorlage“ aus dem Jahr 1913 z. B. wurden von ökonomischen Argumenten wie dem Kampf gegen Arbeits-

19 Siehe Hartmann, *Entwicklung*, S.15. Siehe zur Mitglieder- und Vermögensentwicklung auch August Pieper: *Gewerk- und Arbeitervereine*, in: Julius Bachem (Hrsg.): *Staatslexikon*. Zweiter Bd.: *Eltern bis Kant*, Dritte, neubearb. Aufl., Freiburg i. Br. 1909, Sp.742-767; Siegler, *Lohnpolitik*, S.11-29; Schneider, *Gewerkschaften*, S.138-149.

20 Siehe *Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für das Wirtschafts- und Staatsleben Deutschlands*. Vortragskizze 14, M. Gladbach o. J, S.6.

21 Ebenda.

22 Ebenda, S.7.

23 Theodor Brauer: *Der Krieg und die christlichen Gewerkschaften*, M. Gladbach o. J. [1916], S.4.

24 Siehe ebenda.

losigkeit im Sinne eines Konjunkturprogrammes und dem Schutz „des volkswirtschaftlichen Organismus“ vor Spekulationen in einer Hochkonjunkturphase dominiert.²⁵ Der Gesamtverband forderte insgesamt „eine wohlhabende Wirtschaftspolitik“, welche „den tunlichsten Schutz der heimischen Produktion mit der wirksamen Förderung des Exports zu verbinden weiß“, wobei Schutzzölle und bessere Infrastruktur die Produktion einerseits und Kolonien und Subventionen den Export andererseits fördern sollten.²⁶ Die Bedingungen für diese Akzeptanz der wirtschaftlichen Seite des Imperialismus lauteten: „spezielle Fürsorgemaßnahmen für die Arbeiter direkt“, wie erhöhter Arbeiterschutz, verbesserte Arbeiterorganisation und „Sicherung eines stetigen, dauernden Einkommens“, und allgemein eine „Verbesserung der Lebensverhältnisse“.²⁷ Solche politischen Stellungnahmen blieben aufgrund der in den Statuten des GCG festgeschriebenen parteipolitischen Neutralität aber Ausnahmen. Die politische Positionierung überließ der GCG vor dem Weltkrieg hauptsächlich dem Zentrum, wobei das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen nicht immer spannungsfrei geblieben war. Die Partei versuchte ihre Federführung gegenüber dem GCG in personeller und inhaltlicher Hinsicht zu festigen, was allerdings nur partiell gelang.²⁸

Trotz dieser grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber dem Staat gehörte der Arbeitskampf auch für den GCG als *Ultima Ratio* zu seinem Selbstverständnis. Der Arbeitskampf wurde vom GCG unter dem Stichwort „Lohnbewegung“ zusammengefasst. Hauptsächlich führten die Christlichen Gewerkschaften Gespräche und Verhandlungen mit den Unternehmern, ganz im Sinn der christlichen Ständesolidarität. Aber auch Angriffs- und Verteidigungsstreiks gehörten zum Instrumentarium im Kampf gegen niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und für geringere Arbeitszeiten.²⁹ Die Streikbewegungen und die Ausgaben zur Unterstützung der Streikenden, welche in den Jahren 1910 und 1911 jeweils

25 Rundschau Volkswirtschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (ZB), Bd. 13, 1913, Nr. 9, S.143f, hier S.143.

26 F[rantz] Hitz: Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeitersozialpolitik mit einer statistischen Übersicht der Hauptergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung, M. Gladbach 1911, S.22.

27 Ebenda.

28 Siehe Schneider, Gewerkschaften, S.163, 265-268, 322-335, 356-359.

29 Siehe ebenda, S.281-322; Siegler, Lohnpolitik, S.50-133. Siehe auch Heinrich Koch S. J.: Streik und Aussperrung, in: Julius Bachem (Hrsg.): Staatslexikon. Fünfter (Schluß-)Bd.: Staatsrat bis Zweikampf, Nachträge, Freiburg i. Br. 1912, Sp.329-351.

über eine Million Mark betrogen, zeigten nach Meinung des GCG, dass kein „römisches Streikverbot“ existiere, wie vonseiten der Freien Gewerkschaften behauptet wurde.³⁰ Verglichen mit den Ausgaben der Freien Gewerkschaften für Streikende waren diese Summen allerdings eher gering, wie selbst das katholische „Staatslexikon“ vermerkte. Für das Jahr 1907 führte es für die Freien Gewerkschaften die Summe von knapp 13 Millionen Mark an, die für Arbeitskämpfe ausgegeben wurde.³¹ Die Christlichen Gewerkschaften kamen dagegen lediglich auf knapp 743.000 Mark.³²

Vom Ausbruch des Krieges bis zum Hilfsdienstgesetz

Der Ausbruch des Krieges bedeutete zunächst einen Bruch mit der klassischen Gewerkschaftsarbeit. Alle bestehenden Arbeitskämpfe wurden in wenigen Tagen unter Berufung auf den Burgfrieden niedergelegt.³³ Dies machte eine neue Taktik des GCG für den Arbeitskampf notwendig: „Der in gewöhnlichen Zeiten durch Streiks und sonstige Bewegungen ausgeübte Druck äußerte sich nach Kriegsausbruch vorwiegend in einem ganz gewaltigen Anschwellen der Zahl der Eingaben.“³⁴ Die Eingabe ersetzte den Streik. Adressaten waren hauptsächlich die Unternehmer, dazu kamen öffentliche Körperschaften wie Landesversicherungsanstalten, Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie die verschiedensten Behörden auf allen Ebenen des Staatswesens. Ein spezieller Adressat waren die mit dem Kriegszustand aufgrund des Reichskriegsgesetzes von 1912 eingesetzten Militärbehörden im Reich.³⁵ Sie wurden besonders in Fällen von Lohnkürzungen und bei Unternehmen mit großen Kriegsgewinnen mit Petitionen überhäuft. Dabei konnten die Gewerkschaften häufig auf die Unterstützung der Militärbehörden

30 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912, in: Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1914 (im Folgenden: JB und Jahr), S.22-29, hier S.22. Siehe auch Siegler, Lohnpolitik, S.100-133; Schneider, Gewerkschaften, S.283-322.

31 Pieper, Arbeitervereine, Sp.752.

32 Ebenda, Sp.759.

33 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914, in: JB 1916, S.121-132, hier S.128. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914, in: ZB, Bd. 15, 1915, Nr. 18, S.157-166, hier S.163. Die in der Streiktafel aufgeführten Bewegungen für das Jahr 1914 galten ausdrücklich nur für die Vorkriegsmonate. Siehe ebenda, S.163, 158.

34 Gewerkschaften 1914, in: JB, S.128. Siehe auch Gewerkschaften 1914, in: ZB, 1915, S.159.

35 Siehe Wehler, Beginn, S.54-57.

den zählen.³⁶ In seinen Medien betonte der GCG die gute Zusammenarbeit mit den Militärbehörden gegen „Arbeitgeber[n] und Unternehmer[n], denen auch in der größten Zeit der Profit über alles geht“.³⁷ Die Militärbehörden entschieden aber auch gegen die Gewerkschaften, was nur spärlich vom GCG zugegeben wurde.³⁸

Inhaltlich zeichneten sich die Eingaben durch ein breites sozialpolitisches Themenspektrum aus. Schwerpunkte waren die Vermittlung von Arbeit,³⁹ die Teuerung der Lebensverhältnisse, Arbeiterschutzbestimmungen und das Tarifrecht. Andere Eingaben betrafen die Sicherung und Bereitstellung von Lebensmitteln, die Bekämpfung des Wuchers sowie die Unterstützung von Kriegsinvaliden und der Angehörigen von Soldaten.⁴⁰ Gerade diese sich unmittelbar aus der einsetzenden Kriegswirtschaft und dem Krieg ergebenden Eingaben erweiterten das Blickfeld des GCG auf neue sozialpolitische Felder, blieben aber noch auf die eigenen Mitglieder bzw. andere Arbeiter konzentriert. Die Umstellung der Wirtschaft vom Friedens- zum Kriegszustand brachte auch neuartige Lohnbewegungen hervor. Ältere Arbeiter mussten ihnen unbekannte Tätigkeiten übernehmen und wurden wie Lehrlinge entlohnt. Ein anderer Kritikpunkt war die breite Spanne von Löhnen innerhalb eines Betriebes, die für gleiche Arbeit bis zu 200 Prozent umfassen konnte.⁴¹ Die Entschärfung dieses sozialen Sprengstoffs galt dem GCG als oberste Aufgabe und machte weiterhin Eingaben zu Lohnfragen notwendig. Bei der „Haltung der organisierten deutschen Arbeiter zur Volkswirtschaft im Kriege“ sei es aber „selbstverständlich“, dass „keine zum Streik fortgeschritten ist“.⁴² Drohende Streiks wurden bekämpft. Wie das ablief, zeigt folgendes Beispiel aus dem christlichen Metallarbeiterverband: „Die Verbandsleitung war bemüht, überall, wo Differenzen auftraten, schlichtend einzugreifen. In einigen Fällen, wo durch ungerechtfertigtes Vorgehen von Werksleitungen

36 Siehe Brauer, *Krieg*, S.11.

37 Die Arbeiterbewegung im Kriege, in: JB 1915, S.46-56, hier S.53. Siehe auch Vorbildliche Sozialpolitik, in: ZB, Bd. 14, 1914, Nr. 24, S.325.

38 Siehe Gewerkschaften 1914, in: ZB, S.165. Siehe auch Siegler, *Lohnpolitik*, S.144-146.

39 Als Beispiel siehe Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: ZB, Bd. 14, 1914, Nr. 18, S.276f.

40 Siehe Gewerkschaften 1914, in: JB, S.128. Siehe auch Brauer, *Gewerkschaften*, S.13f.; *Arbeiterbewegung im Kriege*, S.51-53.

41 Siehe Gewerkschaften 1914, in: ZB, S.158.

42 Siehe *Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915*, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 19, S.145-153, hier S.151.

Arbeiter plötzlich, ohne Wissen der Verbandsleitung, die Arbeit niedergelegt hatten, wurden die Arbeiter durch Zureden veranlasst, die Arbeit wieder aufzunehmen.⁴³ Sicherlich waren hiermit Arbeiter gemeint, die innerhalb der Christlichen Gewerkschaften organisiert waren. Mit dieser Aussage wurde den eigenen Mitgliedern nochmals deutlich gesagt, dass jegliche Arbeitsniederlegungen zu unterlassen waren. Dies war sicherlich auch als Botschaft an die staatlichen Stellen gedacht, um die stabilisierende Funktion des GCG hervorzuheben. Insgesamt hatte der GCG nur wenige Möglichkeiten, auf Mitglieder anderer Gewerkschaften oder auf unabhängige Arbeiter einzuwirken. Von den 880 „Lohnbewegungen“ der Christlichen Gewerkschaften 1915 wurden allein 643 von den Metallarbeitern durchgeführt. Sie erbrachten Lohnerhöhungen für die Mitglieder von fast 2,5 Millionen Mark.⁴⁴ Erfolge waren in den Augen des GCG also auch ohne Streiks möglich, und dies sollte durch die Nennung der Millionensumme seinen Mitgliedern gegenüber illustriert werden. Allerdings befanden sich die Metallarbeiter durch die zusätzlichen Rüstungsaufträge in einer besonders privilegierten Position, was höhere Lohnabschlüsse möglich machte. Häufig wurden diese aber auch von der galoppierenden Inflation wieder zunichte gemacht. Konsequenterweise verzichtete man in den veröffentlichten Jahresberichten auf die bisherige Verwendung des Wortes „Streik“ in den die Lohnbewegungen abbildenden Tabellen.⁴⁵ Eingaben wurden von allen christlichen Verbänden als „große[r] Erfolg“ angesehen. Allein der Gewerkverein christlicher Arbeiter füllte in den letzten Monaten 1914 „mit seinen Eingaben ein Werk von über 200 Seiten [...] und hinterlässt damit für die spätere Forschung eine wertvolle Dokumentensammlung aus der denkwürdigen Zeit des Weltkrieges“.⁴⁶ Die Nennung der Seitenanzahl sollte ebenfalls eindeutig Eindruck bei den Arbeitern machen. Sie sagt aber über die tatsächliche Effektivität der Eingaben nur wenig aus und beinhaltet auch die Möglichkeit, dass wiederholte Eingaben doppelt gezählt wurden.

Neben den Petitionen gab es betriebliche Kundgebungen, um Forderungen zu formulieren, was aber aufgrund der eingeschränkten Versammlungsmöglichkeiten im Betrieb seltener angewandt wurde als vor dem Krieg. Häufiger waren es persönliche Gespräche mit Unternehmern und

43 Ebenda.

44 Siehe ebenda.

45 Siehe ebenda. Erst ab 1920 kamen diese Begriffe wieder in die Jahresberichte. Siehe Siegler, Lohnpolitik, S.157-165.

46 Gewerkschaften 1914, in: JB, S.129.

Beamten, in denen Funktionäre der Christlichen Gewerkschaften versuchten, zusätzlichen Druck auszuüben, um eine Entscheidung zugunsten der Gewerkschaften zu erreichen.⁴⁷ Gescheiterte Gespräche blieben so allerdings hinter geschlossenen Türen, und die Funktionäre konnten anschließend ihr Gesicht gegenüber ihren Mitgliedern wahren.

Daneben erweiterte man die klassische Gewerkschaftsarbeit um neue Aufgaben. Um die Lebensmittelverhältnisse zu verbessern, sammelten die Gewerkschaften z. B. Informationen über Preise und möglichen Wucher, erstellten ein Dossier und sandten es an die zuständigen Behörden. Außerdem wurde die Konsumbewegung systematisch ausgebaut und ein gemeinsamer Ankauf von Lebensmitteln durch die Mitglieder organisiert. Auch wurde im verstärkten Maße „Aufklärung und Schulung“ der Arbeiter durch Funktionäre betrieben. Thematisch bezog sie sich auf die „weltgeschichtliche[n] Entwicklungen“, also die Kriegsursachen und „Deutschlands Stellung“ und Aufgaben in der Welt, aber auch auf die Lage der Arbeiter im Krieg und ihre Zukunft. In der Agitationsarbeit wurden moderne Medien wie die „Verwendung von Lichtbildern in Versammlungen“ eingesetzt.⁴⁸ Neben den für ihre Mitglieder wichtigen Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse betrieben die Christlichen Gewerkschaften die Unterstützung der wirtschaftlichen Mobilmachung, getreu dem Motto, „ehrliche Arbeit schändet niemand“.⁴⁹ Die Gewerkschaften überzeugten ihre Arbeiter, Tätigkeiten aufzunehmen, auch wenn sie dafür nicht ausgebildet waren, oder in einem anderen Wirtschaftszweig, wie der Landwirtschaft, zu arbeiten. Sie trugen durch ihren Streikverzicht, ihre neuen Methoden und ihre Teilnahme an der wirtschaftlichen Mobilmachung erheblich zu der Stabilisierung des Reichs im Krieg und den Rüstungsanstrengungen bei. Der GCG betonte dabei, dass dies als „Saat erblickt werden darf, die wohl gehütet, in späterer Zeit Früchte zeitigen kann“.⁵⁰ Dass sie damit den Krieg verlängerten, war für die Christlichen Gewerkschaften offensichtlich kein Problem.

Als ein weiteres Argument für seine positiven Erwartungen an die Zukunft führte der GCG die Integration des Arbeiters in die Nation an. Nun

47 Siehe Bauer, *Gewerkschaften*, S.14. Siehe auch *Arbeiterbewegung im Kriege*, S.54. Die stillen, persönlichen Gespräche schienen die Funktionäre zu bevorzugen: „Nicht in großsprecherischen Kundgebungen sahen die Gewerkschaften ihre Aufgabe, sondern in der geräuschlosen praktischen Arbeit zur Überwindung widriger Verhältnisse und zur Erhaltung des Vertrauens im Volke.“ *Gewerkschaften 1915*, S.145.

48 *Kriegsarbeit der christlichen Gewerkschaften*, in: JB, 1916, S.54-70, hier S.66f, 57f.

49 Ebenda, S.11.

50 *Arbeiterbewegung im Kriege*, S.50.

hätten auch die anderen Stände anerkannt, dass die Solidarität des Arbeiters „als Bürger des Staates“ seiner Nation gelte und nicht einer Arbeiterinternationalen.⁵¹ Es käme aber nicht auf „ein lautes Betonen vaterländischen Empfindens“ an, sondern „auf das Handeln des einzelnen und jeder einzelnen Gruppe im nationalen Sinne innerhalb des eigenen Kreises“.⁵² Im Wesentlichen behielt der GCG seine nationalen Vorstellungen aus den Friedenszeiten auch im Krieg bei. Als Hauptprinzip der Nation betrachtete er die „Solidarität der Volksgenossen“, welche sich in der Gewerbesolidarität und der nationalen Solidarität der Christlichen Gewerkschaften äußere.⁵³ Im Krieg bekannte sich der GCG erneut zur Rüstung des Heeres in den Vorkriegsjahren und zur Monarchie, welche in Deutschland eine tiefere und bessere Sozialpolitik hervorgebracht hätte als die Republik Frankreichs: „Wären wir keine Monarchisten aus Treue und Glauben, wir würden es aus Eigennutz und Vernunft.“⁵⁴ Ein überschwänglicher Nationalismus oder eine Steigerung blieben aber aus, ebenso eine mentale Militarisierung des GCG im Krieg. Nur ein Aufsatz mit dem Titel „Auf Posten“ betonte das positive militärische Vorbild für die Vertrauenspersonen der Christlichen Gewerkschaften in den Fabriken.⁵⁵ Auch sprachlich hielten sich die Zentralorgane von militärischen Ausdrücken meist fern.⁵⁶ Dies stand in einem Gegensatz zu den Anstrengungen des GCG, die Arbeiter zu weiteren Leistungen für die Kriegswirtschaft anzuspornen.

Dabei wäre eine mentale Militarisierung durch den Fronteinsatz vieler Gewerkschaftsmitglieder und die gute Zusammenarbeit mit den Militärbehörden durchaus zu erwarten gewesen. Bis Dezember 1914 kamen fast 80.000 Mitglieder als Soldaten, Eisenbahner oder Krankenpfleger an die Front. Doch durch die Einberufung und freiwillige Meldungen hatten sich viele Arbeiter bei ihrer Gewerkschaft abgemeldet bzw.

51 Siehe Brauer, Gewerkschaften, S.7. Siehe auch die Ablehnung des Internationalismus als „Giftblüten“ für den Arbeiter in: Der Krieg und die Grundsätze der christlichen Arbeiterbewegung, in: JB, 1915, S.57-71, hier S.67.

52 Brauer, Gewerkschaften, S.7.

53 Siehe Der Krieg und die Grundsätze, S.58.

54 Ebenda, S.66. Siehe auch Rudolf Morsey: Die Deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch, Bd. 90, 1970, S.31-64, hier S.62-64; Baadte, Universalismus, S.90-94.

55 Auf Posten, in: JB, 1916, S.71-83.

56 Eine Ausnahme bildet z. B. „Arbeiterarmee“ in „Kriegslöhne“, in: JB, 1918, S.58-71, hier S.63. Siehe dazu Ingo Löppenber: Wider Raubstaat, Großkapital und Pickelhaube. Die katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrums 1860 bis 1914, Frankfurt/Main u. a. 2009, S.112-120.

die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge eingestellt. Der GCG verlor massiv Mitglieder.⁵⁷ Die Organisation wurde besonders dadurch geschwächt, das gerade die „eifrigsten Vertrauensmänner sich unter den Fahnen“ befanden.⁵⁸ Der GCG musste Sekretariate auflösen, Ortsverbände zusammenlegen und Zeitschriften einstellen. Mitte 1916 waren fast 160.000 Mitglieder im Fronteinsatz,⁵⁹ sodass die Gesamtzahl der Mitglieder auf knapp 178.000 Mitglieder sank.⁶⁰ Verglichen mit dem Vorkriegsjahr 1913, in dem der GCG 341.735⁶¹ Mitglieder besaß, war dies fast eine Halbierung. Neben den geringeren Einnahmen durch die fehlenden Mitgliedsbeiträge reduzierten die neuen Gewerkschaftsaufgaben das Gewerkschaftsvermögen bis 1916 um zwei Millionen Mark.⁶² Den in den Augen des GCG „erfolgreichen“ Eingaben und den neuen karitativen Tätigkeiten des GCG stand eine deutliche Schwächung der Organisation gegenüber.

Dabei hatte sich in den ersten zwei Jahren des Krieges beim GCG die Erkenntnis durchgesetzt, dass er eine starke Organisation benötigen würde. Zwar hatten die Zentralorgane noch Ende 1914 bzw. zu Beginn 1915 die positiven Urteile über den GCG vonseiten der Arbeitgeber und der staatlichen Stellen betont, womit die „allgemein kulturelle Bedeutung“ der Christlichen Gewerkschaften anerkannt sei.⁶³ Man meinte sogar, dass weder der „politische Feudalismus“ noch der „Industriefeudalismus“ und auch nicht die „Richter [...], Landräte [...], Polizeibehörde“ dem GCG weiterhin Schwierigkeiten machen würden.⁶⁴ Aber es gab auch die Einsicht in die Realitäten. Denn trotz Burgfriedens und der Zusammenarbeit mit den Unternehmern im Krieg galt: „Sicherlich wird die Bewegung, die unsere Stände ergriffen hat, und in dieser Bewegung der Kampf um den materiellen Aufstieg nicht zur Ruhe kommen.“⁶⁵ Mitten im Burgfrieden befürchtete der GCG, dass die Unternehmer seine Schwäche ausnutzen würden. „Dieser von den Gewerkschaften wohlgemeinte Burgfrieden darf jedoch

57 Siehe Arbeiterbewegung im Kriege, S.56.

58 Die christlichen Gewerkschaften unter Kriegseinfluß, in: ZB, Bd. 14, Nr. 25, S.333f., hier S.333.

59 Siehe Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1916, in: JB, 1918, S.15-27, hier S.15. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.103f.

60 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15; Schneider, Gewerkschaften, S.366-369.

61 Ebenda, S.366.

62 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15.

63 Arbeiterbewegung im Kriege, S.46.

64 Vom alten zum neuen Deutschland, in: JB, 1916, S.15-23, hier S.20.

65 Weltkrieg und sittliche Volkserneuerung, in: JB, 1915, S.36-45, hier S.45.

nicht so ausgelegt werden, dass die Arbeiter nunmehr mit allem und jedem ohne Gegenwehr zufrieden sein müssten.“ Viele Unternehmen hätten versucht, Löhne zu drücken und Tarifverträge zu brechen.⁶⁶ Im Kreis Hagen-Schwelm z. B. führten die vielen Eingaben und Petitionen in den Jahren 1915 und 1916 wegen der „geschwächten Organisationsverhältnisse“ nicht zu den gewünschten Erfolgen.⁶⁷ Unerlässlich zur Stärkung der Organisation war eine juristische Verbesserung der Lage des GCG und seiner Mitglieder.

Dabei betonte der GCG, er wolle die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht umstürzen, aber sie im Sinne der Arbeiter weiterentwickeln.⁶⁸ Ökonomisch gefordert wurden eine „Gewerbesolidarität“ der Stände, eine Zusammenarbeit, die weder „Klassenkampf“ noch „Wirtschaftsfrieden“ war. Dadurch sollten die verschiedenen Klassen/Stände aber nicht vermischt oder gar aufgehoben werden, da dies eine Machtverringerung der Gewerkschaften zur Folge gehabt hätte.⁶⁹ Der gesellschaftliche Forderungskatalog für das „neue Deutschland“⁷⁰ umfasste eine „soziale Durchbildung“ des Schulwesens und die Verbesserung der Bildung z. B. durch die Öffnung von Theatern für Volksvorstellungen und Aufführungen von Klassikern für das Volk. Das „Privileg des Besitzes in der Aneignung und im Genuss der nationalen Literatur und Kunst“ sollte gebrochen werden. Gefordert wurde, dass auch Angehörige der unteren Schichten Reserveoffizier werden konnten. Auch sollten diesen die Ämter von Richtern und Landräten, die häufig „volksfremd“ wären, zugänglich werden. Politisch wurden die „persönliche[n] Beziehungen“⁷¹ zwischen den oberen Regierungsstellen sowie den Vertretern der Industrie und der Agrarier kritisch bewertet. Dieser einseitige Lobbyismus wurde entschieden abgelehnt und die Einbeziehung des GCG verlangt. Die Forderung, dies solle auf der Basis „tatsächliche[r] Gleichberechtigung“ erfolgen, bedeutete im Prinzip das Eingeständnis der eigenen Schwäche durch den GCG. Im Bereich des Arbeitswesens wollte der GCG die bisherigen Arbeitsausschüs-

66 Arbeiterforderungen in der Kriegszeit, in: ZB, Bd. 15, 1915, Nr. 1, S.7f., hier S.7. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.198-200.

67 Ackermann, Gewerkschaft, S.21. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Petitions-Strategie der CG nur begrenzt wirken konnte. Allerdings müssten für ein abschließendes Urteil weitere Regionalstudien durchgeführt werden.

68 Siehe Der Krieg und die Grundsätze, S.69-71.

69 Siehe Brauer, Gewerkschaften, S.7.

70 Gewerkschaften 1915, S.148.

71 Wir und unser Vaterland, in: JB, 1916, S.24-38, hier S.36f.

se erneuern und erweitern. Auch die fehlenden Möglichkeiten zur Teilnahme am Arbeiterschutz seitens des GCG, die bestehenden Ausnahmeparagrafen und die Ungleichbehandlung vor den Gerichten wurden kritisiert. Weitere sozialpolitische Forderungen waren die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und der gemeinschaftliche Ausbau der Arbeitsvermittlung. Zur „Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft“ von Jugendlichen, Frauen und Männern sollte die Arbeitszeit vom Gesetzgeber allgemein gesenkt werden.⁷² Alles Forderungen, die nach Kriegsende vom GCG in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, wobei der eigene Anteil im Wesentlichen in der Person Adam Stegerwald gesehen werden muss, in der Weimarer Republik durchgesetzt wurden.⁷³ Zusammengefasst wurden diese bis dahin zerstreut vorliegenden Forderungen in einem Programm von Stegerwald, das am 16./17. August 1916 vom Ausschuss des Arbeiterkongresses der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gebilligt wurde. Es enthielt zentrale Elemente der christlich-gewerkschaftlichen Vorstellungen über die nach dem Krieg zu erhebenden sozialpolitischen Forderungen.⁷⁴ Ziel war, „entsprechend der Betätigung der Bewegung auf dem Boden der bestehenden Ordnung, die würdige Vollendung der begonnenen Einordnung der Arbeiter- und Angestelltenschaft als eines gleichwertigen, gleichgeachteten und vollberechtigten Standes in Staat und Gesellschaft, in Recht und Wirtschaft“.⁷⁵

Die zitierten Aufsätze in den Jahrbüchern und im „Zentralblatt“ wie auch das Programm des Kongresses zeigen, wie der GCG – vor dem Krieg reine Vertretung der Interessen der Arbeiter (Lohn, Arbeitsschutz- und -zeitbestimmungen, Mitsprache) – sich zu einem wichtigen auch politischen Akteur wandelte, der nun Sozialpolitik für weite Teile der „kleinen Leute“ auch jenseits einer christlichen Konfession machen wollte. Der GCG hatte sich thematisch verbreitert und eine größere Bevölkerungskreise ansprechende Programmatik aufgestellt. Durch diese seiner Meinung nach „fruchtbringende Werbearbeit“⁷⁶ für den GCG sollte Folgendes gesichert werden: „Der Arbeiterschaft winkt im neuen Deutschland

72 Siehe Anregungen aus der Kriegssozialpolitik für die Zukunft, in: JB, 1916, S.105-120, hier S.111-119, Zitat S.117. Dort auch noch viele kleinere Forderungen.

73 Siehe Forster, Stegerwald, S.242-257, 502-537.

74 Siehe Das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 20, S.161-163.

75 Ebenda, S.162f. Siehe auch Forster, Stegerwald, S.139-146; Schneider, Gewerkschaften, S.388-398.

76 Kriegsarbeit der christlichen Gewerkschaften, S.70.

eine einflussreichere Stellung als sie sie je inne hatte und die sie auf dem Wege einer normalen Entwicklung erst nach sehr langer Zeit hätte erreichen können.⁴⁷⁷ Nach dem Verständnis des GCG hatte der Krieg als eine Art Katalysator gewirkt und eine natürliche Entwicklung künstlich beschleunigt. Es war nun aus der Sicht des GCG notwendig, die aufgestellten Forderungen zu institutionalisieren, und dies geschah in Form des Hilfsdienstgesetzes.

Von der Verabschiedung des Gesetzes bis zum Kriegsende

„Es ist bisher noch niemals ein Gesetz zustande gekommen, das für die deutsche Arbeiterschaft von einer solch gewaltigen Tragweite sowohl in wirtschaftlicher wie in persönlicher Hinsicht gewesen ist.“⁴⁷⁸ So urteilte das „Zentralblatt“ über das „Gesetz zum Vaterländischen Hilfsdienst“. Die drei Gewerkschaftsrichtungen hatten sich zusammengeschlossen und über ihre Abgeordneten Ergänzungsvorschläge unterbreitet. Hauptsächlich ging es ihnen dabei um die Anerkennung und die Beteiligung der Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Partner neben den Unternehmerverbänden und die Einrichtung von nach dem Verhältniswahlssystem zusammengesetzten Arbeiterausschüssen in den Betrieben, Einigungsämtern und Schiedsgerichten.⁷⁹ Daneben gab es Vorschläge zu Arbeitsschutzbestimmungen, besonders für Frauen und Jugendliche, und Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungen.⁸⁰ Letztendlich bedeutete das Gesetz auch, dass die Arbeiter mit außerökonomischem Zwang zur Arbeit in der Kriegsindustrie gezwungen wurden und Proteste reduziert werden sollten. Die allgemeine Arbeitspflicht für die männliche Bevölkerung führte zur Aufhebung der Freizügigkeit. Alle gesellschaftlichen Bereiche waren nun den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft untergeordnet.

Das Gesetz wurde vom GCG als Erfolg interpretiert, obwohl nur einige Forderungen des Programms der christlich-nationalen Arbeiterbewegung umgesetzt wurden. „Wir halten es auch für ausgeschlossen, dass diese Fortschritte mit dem Verschwinden des Gesetzes, das ja spätestens einen Monat nach Abschluss des Friedens mit den europäischen Großmächten verfällt, beseitigt werden. Dafür scheinen uns auch die Not-

77 Vom alten zum neuen Deutschland, S.21. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.249-253.

78 Vaterländischer Hilfsdienst, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 20, S.201f., hier S.201.

79 Siehe Bieber, Gewerkschaften, S.313-328.

80 Siehe Hilfsdienst, S.202.

wendigkeiten nach dem Krieg zu bürgen, wenn nicht die Konsolidierung des Wirtschaftslebens nach Kriegsschluss durch eine Menge von Lohnkämpfen stark beeinträchtigt werden soll.⁸¹ Die Unsicherheit von 1914 bis 1916 innerhalb des GCG war verflogen und einem breiten Optimismus gewichen: „Der vaterländische Hilfsdienst rüttelt die Massen auf, fasst sie zu starken Einheiten zusammen, erleichtert die gewerkschaftliche Aufklärung und bietet vorher schmerzlich vermisste Möglichkeiten der Lohnaufbesserung.“⁸² Tatsächlich verbesserten sich zunächst die Strukturen des GCG deutlich. Die Mitgliederzahl stieg seit 1916 kontinuierlich. Sie betrug am Ende des Krieges 370.000 und hatte damit den Vorkriegsstand übertroffen. Das Vermögen belief sich Ende 1918 auf fast 11,5 Millionen Mark, bei gleichzeitig konstant gebliebenen Unterstützungsleistungen.⁸³ Rückblickend sahen sich die christlichen Gewerkschaften im letzten Kriegsjahr „auf einer vorher nie gekannten Höhe“.⁸⁴

Neben der verbesserten Organisation führte diese Erfahrung mit dem politischen System auch zu einem absoluten Novum in der Arbeit des GCG. 1917 wurde im ZB ein eigener Gesetzentwurf eines Arbeitskammergesetzes als Gegenentwurf zu dem Vorschlag der Regierung veröffentlicht.⁸⁵ Der Gesamtverband versuchte sich als ebenbürtiger politischer Akteur neben dem Zentrum zu etablieren, was aber von deren Abgeordneten nur bedingt begrüßt wurde. Neben diesen Aktionen zur inhaltlichen Teilnahme am politischen Prozess war bereits versucht worden, über die Person von Adam Stegerwald politischen Einfluss zu gewinnen. Der Generalsekretär des GCG Stegerwald wurde im Mai 1916 in den Vorstand des Reichsernährungsamtes berufen. Der GCG sah darin, wieder einmal, eine Anerkennung seiner Stellung in der Gesellschaft und begrüßte diese „Demokratisierung“.⁸⁶ Intern hingegen wurden die Handlungen Stegerwalds auf dem Gebiet der Ernährung zur Zielscheibe von Kritik durch

81 Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst/Werdegang und Bedeutung des Gesetzes/Unsere Aufgaben bei der Durchführung des Gesetzes, in: ZB, Bd. 16, 1916, Nr. 26, S.209-214, hier S.211.

82 Gewerkschaften 1916, S.15. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.328-336; Schneider, Gewerkschaften, S.409-419.

83 Siehe Hartmann, Entwicklung, S.15; Siegler, Lohnpolitik, S.154-157.

84 Die Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1918, in: JB, 1920, S.15-26, hier S.15. Siehe auch Schneider, Gewerkschaften, S.369-372.

85 Siehe Der Gewerkschaftsentwurf eines Arbeitskammergesetzes, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 26, S.209-214.

86 Gewerkschaften 1916, S.27. Siehe auch Forster, Stegerwald, S.146-150.

Zentrumsparlamentarier und einige Gewerkschaftsfunktionäre.⁸⁷ Stegerwald vertrat schließlich den GCG bei den Konferenzen über die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes zum „Vaterländischen Hilfsdienst“ vom 5. Dezember 1916, welche ab Ende Dezember 1916 bis Anfang 1917 in Berlin stattfanden.

Die verbesserte Organisation und die Einführung des Gesetzes zum „Vaterländischen Hilfsdienst“ spiegelten sich auch im bereits erwähnten Kreis Hagen-Schwelm wider. Nach dem Hilfsdienstgesetz geschaffene Arbeiterausschüsse, Instanzen und Schlichtungsstellen, welche mit Nachdruck gegenüber den Unternehmern und mit Unterstützung der Militärbehörden eingeführt wurden, ermöglichten es den Arbeitern umfangreiche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die „Lohnbewegungen“ auf Verhandlungsbasis im Kreis verdoppelten sich bis zum Ende des Krieges gegenüber der Vorkriegszeit, die Lohnerhöhungen für die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften betragen 1917 z. B. über 1,36 Millionen Mark.⁸⁸ Bei den Arbeiterschutzbestimmungen gelangen den Gewerkschaften keine dauerhaften Verbesserungen. Diese wurden alle vom Regierungspräsidenten auf Antrag der Unternehmen aufgehoben.⁸⁹ Ein Hinweis darauf, dass der Staat zwar auf die Mitarbeit der Christlichen Gewerkschaften bei der Befriedung der Arbeiter angewiesen war, sich dadurch aber nicht von diesen abhängig machte, sondern weiterhin eine im Kern unternehmerfreundliche Politik verfolgte.

Die Unterstützung der Regierung durch die Verhinderung von Streiks bei gleichzeitiger Erhöhung des Reformdrucks durch die Eingaben hatte sich nach der Meinung des GCG für ihn in der Form des Hilfsdienstgesetzes ausgezahlt. Daher gab es für ihn keinen Grund von dieser staatsfreundlichen Linie abzuweichen. Dies zeigte sich, als am 16. April 1917 der Streik in der Berliner Rüstungsindustrie ausbrach. In seiner Stellungnahme gestand der GCG zwar zu, dass es „mancherlei Wünsche und berechtigte Forderungen“ gäbe, doch könnten diese „im gegenwärtigen kritischen Augenblick in der Form von Riesenstreiks“ nicht durchgesetzt werden. Folglich lehnte der GCG in einem Aufruf jede „Arbeitsniederlegung“ entschieden ab.⁹⁰ Auch einzelne Verbände wie der Bayrische Eisenbahnerverband kämpften gegen die polemisch titulierten „Streikhet-

87 Siehe ebenda, S.149.

88 Siehe Ackermann, Gewerkschaft, S.22.

89 Siehe ebenda, S.23.

90 Streik der Berliner Rüstungsarbeiter, in ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 9, S.71f., hier S.72.

zer“ und gegen „falsche Propheten“. ⁹¹ Der GCG betonte die Schwierigkeit, die Arbeiter unter Kontrolle zu behalten, gerade wegen der Agitation der „im Dunkeln arbeitenden fanatisierten Kreise“. ⁹² Politische Streiks würden die christlichen Gewerkschaften in ihren Bestrebungen, sozialpolitische Verbesserungen mit der Regierung auszuhandeln, „schwächen“, ⁹³ so schärfte der GCG seinen Mitgliedern ein. Jeder Streik in einem Betrieb verringere die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung in einem Lohnkampf. ⁹⁴ Dass ein Lohnstreik die Verhandlungsposition der Arbeiter stärken konnte, sah der GCG nicht. Den Forderungen von Streikenden jenseits von Lohnfragen wurde nur selten Rechnung getragen. Ihre Parolen wurden zwar sprachlich von den Organen des GCG aufgegriffen, allerdings ganz anders interpretiert: „Frieden und Brot“ könnte es nur nach einem siegreichen Krieg geben, ⁹⁵ wurde argumentiert. „Die Arbeiterbewegung würde Selbstmord begehen, wenn sie ihre im Krieg erworbene Stellung im Volksganzen verscherzte“, hieß es im „Zentralblatt“. ⁹⁶ Die Regierung hatte es geschafft, für ihre Absichten eine wichtige Organisation wie den GCG als stabilisierenden Faktor in der Gesellschaft zu gewinnen. Alle Schritte der Regierung auf die gewerkschaftlichen Positionen zu, welche durch den Krieg immer wieder notwendig waren, förderten das Engagement des GCG, für eine Befriedung und Mobilisierung der Arbeiter während des Krieges zu sorgen und die Rüstungsanstrengungen zu unterstützen. Dieses Engagement des GCG schuf eine durch die Periodika kommunizierte Erwartungshaltung bei seinen Mitgliedern, dass nach dem Frieden die sozialpolitischen Fortschritte beibehalten und ausgebaut werden würden. „Der gegenwärtige Krieg bildet die historische, vielleicht nie wiederkehrende Stunde, in der in friedlicher Weise die Verbindung zwischen Staat und Gesamtvolk in Preußen hergestellt, die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staatsorganismus herbeigeführt und damit Preußen zu einem volkstümlichen Staatswesen umge-

⁹¹ Aufruf des Bayerischen Eisenbahnverbandes, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 14, S.110.

⁹² Gewerkschaften 1916, S.23.

⁹³ Siehe Die christlichen Gewerkschaften zur Streikfrage, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 4, S.29-31.

⁹⁴ Gegen den Streikgedanken, in: ebenda, Nr. 3, S.27.

⁹⁵ C[arl] M[atthias] Schiffer: Friede und Brot, Berlin o. J. [1917], S.22.

⁹⁶ Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in der Bedrängnis des Vaterlandes, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 10, S.73-76, hier S.74. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.441-486, bes. S.451f., 473f.; Schneider, Gewerkschaften, S.419-422.

staltet werden kann.⁹⁷ Während an der Front Millionen Menschen getötet wurden, erhoffte sich der GCG, ohne Klassenkampf eine „sozialpolitische Ausbeute“⁹⁸ für seine Mitglieder und Teile der Bevölkerung durch die Anpassung an die Vorgaben der staatlichen Stellen – was mit „in friedlicher Weise“ gemeint war – zu erhalten.

Diese Allianz des GCG mit den staatlichen Stellen wurde auch durch den erneuten Druck begünstigt, den die Unternehmer auf die Arbeiter ausübten. Die Unternehmer- und Arbeitgeberorganisationen wurden vom GCG in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 nun als „Feinde“ dargestellt, womit die christliche Ständesolidarität aufgekündigt sei. Mit Sorge betrachtete der GCG die Meinungen der arbeitgebernahen Presseorgane, die die Schuld an den Preissteigerungen den hohen Löhnen zuschrieben. Diese „gehässigen Übertreibungen“ müssten aufhören.⁹⁹ Es wären nicht die Mitglieder der Arbeitgeberverbände gewesen, die wie viele Gewerkschaftsmitglieder an der Front gestanden hätten und noch stünden, stattdessen wären sie durch die Kriegsgewinne und durch die Kartell- und Syndikatsbildungen zu „furchtbaren Gebilden“ herangewachsen.¹⁰⁰ Innerlich hatte der GCG den Burgfrieden mit den Unternehmern aufgehoben und ging davon aus, dass nach dem Krieg die neuen Feinde die alten Feinde von früher sein würden. Das ZB stellte dazu 1918 fest, „dass die organisierten Unternehmer gewaltig am Rüsten sind, um für die Zeit nach dem Krieg ihren Bestrebungen gegenüber den Arbeiterbewegungen nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Zu diesem Zweck haben sie ihre Kräfte gesammelt, die Zentralisation ihrer Organisation vervollkommen, den inneren Ausbau wesentlich gefördert. Ihre finanziellen Kampffonds sind durch den wirtschaftlichen Burgfrieden während der langen Kriegsdauer naturgemäß bedeutend gestärkt“.¹⁰¹

Der GCG hatte bis dahin fast nur positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen gemacht. Der verstärkte Druck von Unternehmerseite her führte nun zu einer noch engeren Zusammenarbeit mit dem kaiserlichen Staat. Diese zeigte sich zum Beispiel an der Nicht-Beteiligung des GCG an den Kriegszieldiskussionen der deutschen Öffentlichkeit seit 1917. Ein Frieden sollte in den Augen des GCG die Gegner nicht „demütigen“, aber zur wirtschaftlichen Sicherung Deutschlands

97 Friede nach außen – Kampf im Innern?, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 6, S.45f.

98 Das Jahr 1917, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 1, S.2-5, hier S.4.

99 Gewerkschaften 1916, S.22. Siehe auch Kriegslöhne, S.58-71.

100 Erweiterung der Grundlagen für unsere Agitation, in: JB, 1918, S.72-82, hier S.80.

101 Unternehmer-Rüstungen, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 7, S.60.

auch nicht ohne Annexionen geschlossen werden.¹⁰² Die Kolonien sollten bei einem Frieden zurückgefordert werden, da für sie Soldaten gestorben waren und um den Weltmachtstatus zu behalten.¹⁰³ Mehrfach wurden die Einzelverbände zur Zurückhaltung im Streit um Kriegsziele aufgerufen, Ortskartellen wurde sogar verboten eigenständig Petitionen zu unterschreiben.¹⁰⁴ Ein weiteres Beispiel ist die Verteidigung der Monarchie. Sie habe sich vom „soziale[n] Kaisertum“ zum „Volkskaisertum“ entwickelt.¹⁰⁵ „Der Gedanke des überspannten alten preußischen Obrigkeitsstaates ist damit zu Grabe getragen und zu einer volkstümlichen Ausgestaltung des preußischen Staatswesens der entscheidende Schritt getan.“¹⁰⁶ Eine Abschaffung des politischen Systems war in den Augen des GCG nicht notwendig. Er betonte insgesamt mehr die Kontinuitäten zu der Zeit vor dem Kriegsbeginn. Allerdings formulierte der GCG auch Reformziele zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und kleinen Leute.

Nach der Veröffentlichung der Osterbotschaft 1917 des Kaisers im „Zentralblatt“¹⁰⁷ formierte sich eine Reformrichtung innerhalb des GCG, die unter dem Stichwort „Neuorientierung“ die bestehende politische Ordnung weiterentwickeln wollte. Neuorientierung wurde verstanden als „Möglichkeit [...] ungehemmt weiter zu wachsen und diejenige Kultur zu entfalten, wozu es [das deutsche Volk – I. L.] seiner ganzen Veranlagung nach fähig ist“.¹⁰⁸ Dazu reichten nach Auffassung des GCG eine einfache Wahlrechtsänderung, die Berufung von Parlamentariern zu Ministern

102 Siehe Die christlich-nationale Arbeiterschaft zur innen- und außenpolitischen Lage, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 11, S.81-83.

103 Siehe Rödlach: Kolonien und Weltpolitik, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 17, S.130-132, hier S.132. Siehe auch Ders.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien I, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 19, S.155-157; Ders.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien II, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 20, S.163-165. Neben Rückgabe wurde „darüber hinaus womöglich eine Erweiterung“ des Kolonialbesitzes gefordert. Ebenda, S.165. Siehe auch Horst Gründer: Nation und Katholizismus im Deutschen Kaiserreich, in: Langner (Hrsg.), Katholizismus, S.65-87, hier S.74-78.

104 Siehe Aufruf, in: ZB, Nr. 12, 1917, Bd. 17, S.96. Siehe auch Bieber, Gewerkschaften, S.490, 495-497.

105 Adam Stegerwald: Entscheidungsstunden, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 16, S.121-124, hier S.122.

106 Ebenda.

107 Eine Osterbotschaft des Deutschen Kaisers, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 9, S.64f. Erste Veröffentlichung bzw. Erwähnung des Kaisers überhaupt in der ZB im Krieg.

108 Was erwarten wir von der Neuorientierung?, in: JB, 1918, S.28-38, hier S.28. Siehe auch Schneider, Gewerkschaften, S.403-408.

oder Staatssekretären und Absichtserklärungen der Regierung nicht mehr aus. Gefordert wurde nun eine „Umgestaltung der politischen Körperschaften“, welche einer weitumfassenden Demokratisierung gleichkam, wobei das „parlamentarische Regierungssystem“, also eine Republik, nicht eingeführt werden sollte.¹⁰⁹ Als eine Weiterentwicklung des Konstitutionalismus sollten das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus“ eingeführt werden. Das preußische Herrenhaus sollte reformiert werden, um keine „Domäne der Junker und Korpsstudenten“ mehr zu sein, sondern ein „Spiegelbild“ der Gesellschaft. Daher sollte mindestens die Hälfte der Mitglieder aus Arbeitern, Unternehmern, Handwerkern und Bauern bestehen. Für die Posten der Minister, der Staatssekretäre, der Unterstaatssekretäre und der Ministerialdirektoren sollten Personen gefunden werden „ohne Rücksicht auf ihren Stand und ohne Rücksicht auf ihre Verbindungen“. Dies sollte auch für Diplomaten gelten, bei denen mit der vorherrschenden „Familiendition“ in der Auswahl gebrochen werden sollte. Auch die Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen sollten allgemein, gleich, direkt, geheim abgehalten und die Kreis- und Provinzialverwaltungen reformiert werden, um die „stark einseitig agrarische Zusammensetzung dieser Körperschaften“ aufzubrechen. Ergänzend wurde die Abschaffung des Grundbesitzerprivilegiums verlangt.¹¹⁰ Ausdrücklich wurde eine Reform der Gesetzgebung auf der Basis des Programms der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gefordert: Reform des Koalitionsrechtes,¹¹¹ Erhalt und Ausbau der Arbeitskammern, Gründung eines Reichsarbeitsamtes, Reform des Wohnungswesens, Revision des Jugend- und Arbeiterschutzes, Reform des Schulwesens¹¹² und eine Umgestaltung des Steuerwesens im Sinne der kleinen Leute.¹¹³ Eine ergänzende Forderung war die Reform des Siedlungswesens. Die Betriebe sollten wenn möglich auf das Land umgesiedelt werden, damit der Arbeiter „der ewig schenckfreudigen Natur näher sei“ und durch Bodenbesitz zu seinem Lebensunterhalt beitragen könnte. Sollten Betriebe nicht versetzbar sein, so sollte die Infrastruktur ausgebaut werden, damit die Arbeiter in der Stadt nur noch arbeiteten und abends mit der Bahn zu ihrem „Heim mit Garten“ fahren konnten.¹¹⁴ Abgelehnt wurde vom

109 Was erwarten wir, S.28.

110 Ebenda, S.30-35.

111 Siehe auch Die Weiterbildung des Koalitionsrechtes, in: JB, 1918, S.83-90.

112 Siehe auch Zur Schulfrage, in: ZB, Bd. 17, 1917, Nr. 5, S.36f.

113 Siehe Was erwarten wir, S.37f.

114 Erweiterung der Grundlagen für unsere Agitation, in: JB, 1918, S.72-82, hier S.76f.

GCG das von Unternehmern favorisierte „Taylorsystem“, das in der Realität nur zu einer „unglaubliche[n] Ausbeutung der Arbeiter“ führe und „eine noch größere Mechanisierung und Entgeistigung der Arbeitstätigkeit“ bedeuten würde.¹¹⁵ Dieses Reformprogramm entwuchs im Wesentlichen der verbesserten Organisation des GCG in den Jahren 1917 und 1918, dem steigenden Druck der Unternehmerorganisationen, der hohen Streikbereitschaft unter den Arbeitern, welche der GCG auch bei seinen eigenen Mitgliedern kaum mehr beeinflussen konnte, und der seiner Ansicht nach positiven Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen. Allerdings hatte die Reformneigung des GCG auch klare Grenzen.

Ein Gebiet, auf dem der GCG nicht fähig war Veränderungen vorzuschlagen, sondern auf dem er von den sich wandelnden Realitäten eingeholt wurde, war die Zunahme der Frauenarbeit. Diese stellte das christlich-patriarchalische Selbstverständnis vor große Probleme. Ausdrücklich beklagt wurden in den ersten Kriegsjahren die Folgen des „lähmenden und niederziehenden Wettbewerb[s] der Frauenarbeit“.¹¹⁶ Die gestiegene Frauenarbeit würde von den Unternehmern nur als Druckmittel zur Reduzierung von Löhnen genutzt werden.¹¹⁷ Bis zum Ende des Krieges überwogen diese Ansichten. So sollten Frauen sich hauptsächlich um den Haushalt kümmern¹¹⁸ und nicht mehr arbeiten, da sie „als Trägerinnen des zukünftigen Geschlechts zu schonen und gesund zu erhalten“ waren, um den „schrecklichen Aderlass des blutigen Weltkrieges“¹¹⁹ zu ersetzen. Küche, Kinder und natürlich Kirche sollten weiterhin der einzige Horizont der Frauen sein, die berühmten drei „K“. Daher gab es Schulungskurse über häusliche Pflichten im Krieg (Kochen und Lagerung von Lebensmitteln), einen Mietzuschuss und eine Wöchnerinnenunterstützung für Ehefrauen von Gewerkschaftsmitgliedern und den wenigen Gewerkschaftsrinnen während des Krieges.¹²⁰ Doch konnte sich auch der GCG nicht der Einsicht verschließen, dass die Frauenarbeit wohl „auf den früheren Stand [...] nicht wieder zurückkehren“ würde.¹²¹ Letztendlich wurde Frau-

115 Ebenda, S.79. Siehe auch Bieber, *Gewerkschaften*, S.373f.

116 *Gewerkschaften 1915*, S.153. Siehe auch Bieber, *Gewerkschaften*, S.203-210.

117 Siehe *Arbeiterbewegung im Kriege*, S.65.

118 So wurden spezielle Kurse über die Erziehung und Aufklärung der Frau über Lebensmittel im Krieg abgehalten. Siehe ebenda, S.54f.

119 Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, in: *JB*, 1918, S.91-110, hier S.98.

120 Siehe Brauer, *Gewerkschaften*, S.11.

121 Uebergang, S.98.

enarbeit als eine „Dauererscheinung im deutschen Wirtschaftsleben“¹²² hingenommen. In der Weimarer Republik wurden dann spezielle Richtlinien verabschiedet, um Frauen zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu bewegen.¹²³

Ein anderes Gebiet war die Staatsform. Dem formalen Übergang zur parlamentarischen Monarchie im Oktober 1918 stand der GCG zwiespältig gegenüber. Ein Aufruf im „Zentralblatt“ betonte, „dass auf dem neuen Wege eine größere Anteilnahme des Volkes an den Regierungsgeschäften ohne Zweifel sicher gestellt ist.“¹²⁴ Damit wurde zwar an einige Forderungen des GCG angeknüpft, aber eine parlamentarische Monarchie war vom GCG nicht beabsichtigt gewesen, ganz zu schweigen von der Abschaffung der Monarchie. Als im November 1918 der Kaiser abdankte, hieß es bedauernd: „Der Kaiser ging. Der Thronfolger verzichtete. Noch hatten wir die Hoffnung, dass sich die Monarchie würde erhalten lassen, da wurde die Republik ausgerufen. Die Bundesstaaten folgten dem, was im Reich geschah.“¹²⁵ Der GCG akzeptierte diese Ereignisse zwar und stellte sich auf den Boden der Weimarer Verfassung, aber überzeugte Republikaner wurden seine Mitglieder dadurch nicht.

Schluss

Als der Erste Weltkrieg begann, stellte sich der GCG bedingungslos hinter die Politik der kaiserlichen Regierung und unterstützte durch seine Handlungen die Rüstungswirtschaft. So beendete er alle Streiks umgehend und gewährleistete für seine Mitglieder verschiedene soziale Unterstützungsleistungen. In den ersten Kriegsjahren verlor der GCG durch den Krieg viele Mitglieder und büßte weite Teile seiner Strukturen ein. Dennoch wurde in den Zeitschriften das Bild einer starken Organisation aufrechterhalten, welche sich für die Ziele seiner Mitglieder weiterhin einsetze. Erst das „Gesetz zum Vaterländischen Hilfsdienst“ brachte einen Umschwung. Die letzten beiden Jahre waren geprägt durch die Zunahme der Mitgliederzahl und der finanziellen Mittel, die Erprobung von neuen Arten der Teilhabe am politischen System und die weiterhin beibehaltende Befriedung von Arbeitern durch den Streikverzicht. Gleichzeitig wur-

122 Erfassung und Schulung der Arbeiterin, in: JB, 1919, S.63-73, hier S.63.

123 Siehe ebenda, S.63-73.

124 Aufruf!, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 22, S.177f., hier S.178. Siehe auch Forster, Stegerwald, S.195-199.

125 Kriegsende-Revolution, in: ZB, Bd. 18, 1918, Nr. 24, S.194.

de unter dem erneut wachsenden Druck von Angriffen der Unternehmerseite ein Reformprogramm unter dem Stichwort „Neuorientierung“ ausgearbeitet, welche einen behutsamen Ausbau des politischen Systems des Deutschen Kaiserreiches unter Beibehaltung seiner Grundstrukturen, besonders der Monarchie, ermöglichen sollte.

----- Anzeige -----

Marga Voigt, Reiner Zilkenat (Hrsg.):

Henry Skrzypczak Als es „ums Ganze“ ging

Die vorliegende Sammlung mit Aufsätzen zur Politik der Gewerkschaften in der Weimarer Republik stammt aus der Feder von Henryk Skrzypczak. Von 1965 bis 1974 war er Generalsekretär, von 1961 bis 1988 Referent bzw. Leiter der Sektion Geschichte der Arbeiterbewegung der Historischen Kommission zu Berlin-West. Von 1965 bis 2007 Herausgeber und Autor der Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK).

Wie definierten und vertraten die deutschen Gewerkschaften – in den Zeiten der ökonomischen und sozialen Krisen von 1919 bis 1923 und von 1930 bis 1932/33 – die Interessen ihrer Mitglieder? Warum scheiterten sie daran, den Hitlerfaschisten den Weg zur Macht zu verstellen? Welche Konzepte lagen ihrem Handeln zugrunde und waren sie realitätskonform?

Sind die innen- und außenpolitischen Verhältnisse der Gegenwart im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung so vollkommen anders als in den 1920er und frühen 1930er Jahren? Achtzig Jahre nach der Machteinsetzung der Nazis und der Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen ist Zeit zum Nachdenken über Gestaltung, Möglichkeiten und Grenzen von Interessenvertretungen abhängig Beschäftigter.



edition-bodoni, 250 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 978-3-940781-53-6